

Center System wurde aus Anlaß des Krieges aufgehoben und dafür eine neue Einrichtung ins Leben gerufen. Für die Arbeitslosen können Unterstützung werden, die während der arbeitslosen Zeit aus eigenem Vermögen sich und ihre Familien nicht unterhalten können. Unterstützung wird nach Ablauf von sechs Wochen für alle die Tage bezogen, an denen der Arbeitslose sich vergeblich auf dem Arbeitsmarkt um Arbeit bemüht hat. Weitere Arbeiter sind verpflichtet, auch Arbeit nach auswärts anzunehmen, wenn ihnen solche angeboten wird. Berufsarbeiter müssen auch andere, nicht berufsmäßige Arbeit annehmen, wenn die örtlichen oder vertraglichen Arbeitsbedingungen eingehalten werden. Voraussetzung ist, daß die Arbeitslosen zu der nachgewiesenen Arbeit befähigt sind. Die von der Stadt gewährte Unterstützung beträgt für den Tag: für Bezüge 60 A und für Verheiratete 80 A. Die Unterstützung kann für jedes von dem Arbeitslosen versorgte, im Haushalt anwesende Kind unter 16 Jahren um 10 A bis zum Betrage von 1,50 A erhöht werden.

Berbau. In der benachbarten Landgemeinde Langenbernsdorf wird den Arbeitslosen auf ihren Antrag pro Monat bis zu 20 A Unterstützung gewährt. Es wird von Fall zu Fall entschieden. Meistens werden Naturalien abgegeben.

Ist das noch derselbe Krieg?

Die Chemnitzer Volksstimme besprach kürzlich die Stellung der sozialdemokratischen Parteipresse zum Kriege. Sie hat dadurch den Genossen Ed. Bernstein auf den Plan gerufen, der ihre in einigen Artikeln in der Leipziger Volkszeitung antwortete. In einem dieser Artikel warf nun Bernstein die Fragen auf: „Wie sieht es mit den Voraussetzungen aus, unter denen am 4. August die Faktion der deutschen Sozialdemokratie die Kriegskredite bewilligte? Hat sich denn seitdem nicht soviel geändert, daß man fast fragen könnte, ob es heute noch derselbe Krieg sei? Wie der, dem wir uns in jenen Tagen gegenüber saßen? Zunächst hatte es doch den Anschein, es werde vor allem ein Krieg gegen den Deutschland bedrohenden Osten sein. Es ward aber bald ein Krieg mit dem Osten und Westen. Und allmählich haben sich die Dinge so verschoben, daß er jetzt mehr noch ein Krieg gegen den Westen als ein solcher gegen den Osten ist.“

Dazu hat nun der Genosse Ed. Wab in der Mainzer Volkszeitung das Wort ergreifen. Er führte unter anderem aus: „Die militärische Lage hat sich freilich in der angegebenen Richtung entwickelt. Der Grund dafür ist nicht schwer zu entdecken. In den ersten Tagen des August, als wir unsere Zustimmung zu der Kriegskreditorlage erteilten und beschlossen, war England noch nicht in den Krieg gegen uns eingetreten. Noch durften wir die Hoffnung haben, es werde seine neutrale Haltung bewahren. Leider schloß es sich alsbald dem zahlenmäßig schon ohnehin überlegenen Bund unserer Gegner an. Ohne selbst von einem Angriff auf seinen Boden, auf seine nationale Kultur und Unabhängigkeit bedroht zu sein, erklärte es Deutschland den Krieg. Das ist der neue Faktor, der jene ganze Verchiebung zur Folge gehabt hat, die Bernstein und wir mit ihm tief beklagen.“

Und England hat dann weiter alles aufgedoten, um Deutschland den Kampf im Westen möglichst schwer zu gestalten. Es hat Belgien, dem seine territoriale Integrität nach dem Fall von Lüttich noch einmal von deutscher Seite zugesichert wurde, moralisch und militärisch zum äußersten Widerstand gezwungen; es hat Japan mit in den Ring unserer Feinde gezogen; es hat die Schonen seiner halb wilden Hilfskrieger auf den westlichen Kriegsschauplatz geworfen; es hat durch seine Anstrengungen, uns unter Druck der internationalen Gerichtsvereinbarungen wirtschaftlich zu erdrosseln, Deutschland gezwungen, sich die Erfüllung des Kommando und damit des Ausgangs zu den Meeren als strategisches Ziel zu setzen.

So ist es gekommen, daß wir den Russen nicht rechtfertig die Herrschaft entgegenzusetzen vermöchten, die nötig gewesen wären, um über eine stetige Defensivlinie hinaus den zaristischen Koloss zu zerschmettern. So selbstverständlich es für uns Sozialdemokraten ist, daß wir einen faulen Separatfrieden mit Rußland für ein schweres politisches Verhängnis ansehen würden, so selbstverständlich muß es aber auch für uns sein, daß wir — ohne in die blutdürstige Seele gewisser Leute gegen das ganze englische Volk einzustimmen — doch auch der englischen Kriegsmacht mit ihren weißen und farbigen Verbündeten im Westen gründlich die Zähne zeigen. Wenn wir uns jetzt vor die Notwendigkeit gestellt sehen, neue große Kriegskredite zu bewilligen, so verdammt wir das in erster Linie den Leitern der englischen Politik. Und darum ist Bernsteins Frage dahin zu beantworten: Ja, es ist noch derselbe Krieg und unsere Haltung an ihm bleibt dieselbe.“

Bernstein zitiert Ausrufungen des Labour Leader, die beweisen, daß es in den Reihen der englischen Patrioten Männer gibt, die die Haltung der eigenen Regierung verurteilen und das einmütige Zusammenhalten des deutschen Volkes verständlich und gerechtfertigt finden. Gut! Aber mag er auch den Schluss daraus ziehen, daß wir das gute Recht und die erste Pflicht haben, alles zu vermeiden, was unsere Widerstandskraft schwächt, und alles zu tun, um unsern eigenen Rand die Kraft zu geben, durchzuhalten bis zu einem ehrenvollen geistlichen Frieden.“

Die Münchener Post berichtete in Nr. 272 bzw. 22. und 23. November folgende Zuschrift:

Einigkeit in Gefahr.
Als der Reichstag am 4. August zu seiner geschichtlichen demütigen Sitzung zusammentrat, fanden seine letzten Verhandlungen unter der Parole: Einigkeit in Gefahr! Dieser Einigkeit hat das Reich seine bisherigen Erfolge zu danken. Es ist nicht anzunehmen, wie alles gekommen wäre, wenn diejenigen, die ein Recht zu haben glauben, mit den inneren Feinden des Reiches ungehindert zu sein, nicht die Pflicht zu geschlossener Abwehr allen noch so berechtigten Beschwerden und Forderungen entgegengezeigt hätten. Alle diese Beschwerden und Forderungen würden nach dem Kriege mit desto größerer Macht erhoben werden, und auch während des Krieges bräuhete niemand die Lippen zu widersprechen, daß wir schon in der besten aller Welten lebten, mit besten Ernährung allein schon alles gewonnen sei. Aber solange die Gefahr besteht, gibt es trotz allem noch ein Recht: das ist die Widerstandsfähigkeit eines noch ungebrochenen Zusammenhalts, durch die ein unerschütterlicher Kampf um Befreiung im Inneren erst wieder ermöglicht werden soll.

Am 2. Dezember, fünf Wochen vor dem Ende des ersten Kriegsjahres, wird der Reichstag wieder zusammentreten. Welche Situation wird er vorfinden? Es ist nicht so, daß die Kampfkräfte die Widerstandsfähigkeit der Gegner durch die Entlassungen, die sie erleiden, geschwächt sind. Es ist nicht so, daß Deutschland jetzt nur noch die Friedenshand auszustrecken braucht, damit die anderen es empfangen. Der Sieg ist da, die Frage des inneren Zusammenhalts zu bewahren, der heißt, daß durch die Hoffnungen auf eine posthume Wiedervereinigung Deutschlands nach langer Zeit ausgeglichen sind. Darüber steht man alle Dinge mit anderen Augen, und was uns groß erscheint, nimmt man ihnen für gering. Wir sind für unerschütterlich halten, dem nicht nur bei äußerlicher Behauptung. Der deutsche Kern ist im Westen fest. Rußland bringt in Gefahr der uns nicht trotz geschwächter Widerstände immer neue Waffen an die deutsche Grenze. Mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, fallen die russischen Streitkräfte, tragen sie der Verbündeten — so fallen sie denn endlich die Dinge der Einigkeit. Ein so einstiger Krieg wurde uns angefangen, und der Reichstag wird am 2. Dezember in der Lage sein, auf der einen Seite den Frieden zu bewahren, auf der anderen Seite die Waffen, die wir nicht abgeben wollen, zu bewahren, aber wir haben den inneren Zusammenhalt.

Solange in den Reihen der Gegner der Wille zum Sieg lebt, solange es nicht in der Hand Deutschlands liegt, Frieden zu machen, solange soll niemand so verneinend sein, zu behaupten, daß jede Gefahr vorüber ist. Deutschland kämpft nicht gegen Schwache, die nach schon vernichtete Feinde, es kämpft nicht gegen Gegner, die den Frieden wollen, es kämpft auch nicht — trotz mancher vorübergehender Stimmungen — um Eroberung und Unterwerfung fremder Völker, sondern es kämpft noch immer darum, daß es selber nicht niedergeworfen wird.

Darum bleibt es immer in der Hauptsache Einigkeit geboten. Solche Einigkeit schließt Kritik an einzelnen Maßnahmen nicht aus, sie schließt nicht das Recht aus, über das Ziel der Kriegsführung seine Meinung auszusprechen, ob sie auch nicht jedem gefallen mag. Nur darüber darf kein Zweifel bestehen, daß wir alle gewillt sind, in entschlossener Abwehr zu verharren, solange Abwehr notwendig ist. Und die ist noch notwendig! Wir sind noch nicht so weit, wie wir gerne sein möchten, und darum gilt noch immer die Parole: Einigkeit in Gefahr!

Krieg und Unternehmerwohlfahrtspflege.

Zu Beginn des jetzigen Krieges brachte die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung einen Artikel: „Zum Kapitel der Wohlfahrtspflege“, der aus dem Grunde besonders gewürdigt zu werden verdient, weil das Blatt Mitte Oktober einen zweiten Aufsatz über den Gegenstand brachte, der zum Krieg Stellung nahm.

Der erste Artikel der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung handelt im wesentlichen vom Sparzwang und vom Alkohol. Es wird darin eine Uebersicht gegeben, was die Unternehmer im ersten Falle zur Förderung und im zweiten zur Bekämpfung der Sache getan haben. Wir heben folgendes hervor.

Von einigen Reichs- und Staatswerkstätten wird der zehnte Teil des Lohnes als Spargeld einbehalten, in der Gräflich Stolberg-Bernigerodeschen Faktorei sogar der vierte Teil, in diesem Fall von den Lehrlingen. Der einbehaltene Lohn wird nach beendeter Lehrzeit an den Lehrling selber oder an dessen Eltern, falls sich keine Stelle nicht einrichten können, nach dem Ermessen der Firma an einen von beiden oder beide zurückgegeben. Bei der Wächtersbacher Stetngutfabrik und der Maschinenfabrik Augsburg werden 5 vom Hundert des Grundlohns und der volle oder der halbe überschüssige Verdienst einbehalten. Die Firmen Hehl in Morans und Hünner in Laurahütte gehören für die Teilnahme an Proben des Fabrikangewerks keine Vergütungen, was die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung nicht für empfehlenswert hält, weil dadurch „die Gefangenschaft nicht als eine Strafe der Erholung, sondern der Arbeit erscheinen muß“. 5 vom Hundert des Lohnes behält die Firma Willero & Voß bis zum 25. Lebensjahr ein, frühere Abhebungen können nur während der Militärzeit, bei Verheiratung und besonderen Notfällen gemacht werden. Die bekannten Farbenfabriken Beyer & Co. gewähren eine zusätzliche Zinsvergütung von 2 vom Hundert und bringen ferner Sparprämien zur Verfügung. Vielgestaltig ist die Spareinrichtung der Württembergischen Metallwarenfabrik, die auch noch Sparzulagen gewährt, entsprechend dem Betragen innerhalb und außerhalb der Fabrik und je nach den Leistungen im Betriebe und in der Fortbildungsschule für Lehrlinge bis zur Beendigung der Lehrzeit, für junge Arbeiter bis zur Beendigung des 18. Lebensjahres, und für Arbeiterinnen während dreier Jahre. Die Eltern „wüssen“, die Sparbücher durch Unterricht beschleunigen. Das soll zu Fleiß, gutem Verhalten und zum regelmäßigen Besuch der Fortbildungsschule anregen. Wie diese „Wohlfahrtsinrichtung“ als Falle wirkt, kommt in folgendem zum Ausdruck: Die Sparzulagen fallen an die Fabrikrentenbesitzer, wenn das Arbeitsverhältnis „ordnungswidrig“ gekündigt, die Bezahlung nicht beendet wird oder, junge Arbeiter nicht bis zum 18. Lebensjahre, junge Mädchen nicht volle drei Jahre in der Fabrik verbleiben. Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung erklärt dabei: „Es ist erklärlich, daß der einmal angerogene Sparzwang in den meisten Fällen auch dem erwachsenen Arbeiter verleiht, zumal wenn mit der Spareinrichtung eine Art von Gewinnbeteiligung verbunden wird, wie es die Silber-Hütte, die Schulkücherei-Brauerei und die Maggi-Gesellschaft tun, die den festen Zinssatz bis zur Höhe der zur Verteilung gelangenden Dividende ergänzen.“

Ueber die Bekämpfung des Alkoholkonsums heißt es, es komme da vor allem die Zurückdrängung des Schnapses in Betracht, es komme sogar noch vor, daß der steigende Bierverbrauch begründet werde, da das Bier als ein willkommener Ersatz für den viel schädlicheren Schnaps gelte. Trotzdem sei aber auch das willkommene Verbot jedes Alkoholkonsums, selbst der Leichtbiere, heute in den Fabriken keine Seltenheit mehr.

Ein Recht wird dann betont, wichtiger als diese Verbote, von denen schwer zu übersehen sei, wie sie eingehalten würden, sei aber die Sorge für wohlwollende und wohlfeile Ersatzgetränke. Als gesunde und nährstoffreiche Getränke wird die Milch bezeichnet. Zuerst wurde der Milchgenuss in den Blei-, Zink- und Farbenfabriken eingeführt. Dabei wir erwähnt, daß da der Zwang der Behörden mitgewirkt hat. Die Milch ist als Vorbeugungsmittel gegen Bleivergiftungen bekannt und geschätzt. Es wird in dem Artikel der Unternehmerzeitung auf die Schwierigkeiten der Organisation des Milchverkehrs für kleine und jetzt große Werke hingewiesen und bemerkt, daß in Berlin eine Anzahl von Unternehmern aus diesen Gedanken die Abgabe von Milch dem Verein für gemeinnützigen Milchgeschäft übertragen habe. Dieser letztere für die Kaffee- und Oberrheinwerke, wo ungefähr 5000 Arbeiter beschäftigt werden, 1912 durchschnittlich 1300 Pfälchen. Der Preis wird gewöhnlich so festgesetzt, daß er gerade die Selbstkosten deckt oder einen mehr oder minder großen Zuschlag dem Werke verlangt.“

Weiter kommt der Anschlag von Kaffee und Tee in Betracht, besonders als Vorbeugungsmittel. Den wässrigen Kaffee für die Arbeiter in der Fabrik zu bereiten, hat wohl auch die Beobachtung gegeben, daß zahlreiche Arbeiter ohne Frühstück in die Fabrik kommen und, um den inneren Magen zu beruhigen, zur Schnaps- und Kaffeegewinnung. Darum wird auch der Kaffee nicht nur in den Arbeitsstätten eingeführt, sondern auch beim Beginn der Arbeit. Bei der Firma Dabringhaus in Berlin geschieht der Verkauf von Tee in 1/2 Literflaschen zu 3 A durch Karten, die gegen Umhängescheine, die auf 10 oder 20 Stück lauten, in der Werkzeugschneiderei zu erhalten sind. Der Betrag der Scheine wird bei der Lohnzahlung abgehalten. Im Jahre 1908 wurden 600 000 Flaschen verkauft. Die Unternehmerzeitung in Elberfeld hat den Konsum von alkoholischen Getränken auf allen ihren Werken unterzogen. Dafür wird unentgeltlich Tee an die Arbeiter abgegeben. An den heißen Tagen des Sommers 1911 wurden 219 000 Liter verabreicht. 4500 Liter warmen Tee wurden 1911 an den verschiedenen Anstalten des Werkes verabreicht.

Wenn Kaffee und Tee werden von den Werken Mineralwasser und Selterswasser zu billigen Preisen an die Arbeiter gegeben. Die Kosten der Zulagen und der Getränke sind für die Werke nicht groß. Die Wagnersche Kaffee- und Tee-Fabrik hat als Anlage, die täglich 400 Pfälchen liefert, 740 A an. Zur Bedienung war ein Mann etwa drei bis vier Stunden täglich beschäftigt. Für eine große Anlage, die täglich 2000 Pfälchen liefert, gab die Firma Hehl 2800 A an. Zur Bedienung waren ein erwachsener Arbeiter und zwei jugendliche Leute notwendig. Der Preis war 1/2 Liter Mineralwasser 7 A. Mit diesen Preisen werden gewöhnlich die Unkosten gedeckt. So ein kleiner Beleg, ergibt sich, dass er häufig dazu, den

Belegtrag des gleichzeitig im Werk bestehenden Wohlwollensfonds zu bedeuten.“

Die höchstgelegenen Eisen- und Stahlwerke haben Prämien für die Arbeiter ausgelegt, die Mitglied der Guttemplerlogen oder eines ähnlichen lohnlosen Arbeitervereins sind. „Es erhält eine Prämie von 10 A das Vierteljahr jeder Arbeiter, der ein Jahr Mitglied der obengenannten Vereine ist, von 15 A, wer zwei Jahre Mitglied ist, 20 A für das Vierteljahr, wer drei Jahre Mitglied ist, und so fort eine um 5 A für das Vierteljahr höhere Prämie für jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft. Der Fabrikant Reinländer in Mettenberg im Westfalen zahlt in denselben Fällen eine Prämie von 5 A für das Vierteljahr, gewährt sie aber auch den Arbeitern und Arbeiterinnen, die keinem Verein angehören, aber am Schluß des Monats einen Zettel unterschreiben, darauf sie auf Freue und Gelingen erklären, daß sie im vergangenen Monat keine geistigen Getränke gegessen haben.“

Die Stellungnahme der Arbeiterchaft zur Fabrikwohlfahrtspflege ist bekannt, sie lehnen alles ab, was sie gegen ihre eigenen Zwecke an die Werke bindet. Darin sind die Gewerkschaftsorganisationen einig. Wenn sich die Arbeiter trotzdem in vielen Fällen mit den Dingen abfinden, dann geschieht es nicht freiwillig, sondern gezwungenermaßen. Die mittellosen Arbeiter müssen eben ihre Arbeitskraft irgendwo anbringen; dabei kann ein Werk trotz dem Uebel der Wohlfahrtspflege im allgemeinen doch den Vorzug vor anderen Werken bekommen. Würden die Unternehmer die Fabrikwohlfahrtspflege nicht in vielen Fällen eigenhändig zur Stärkung ihrer Uebermacht gegen die Arbeiter und ihre selbstgeschaffenen Organisationen auszunutzen, dann bekämen die Dinge ein anderes Ansehen. Wo diese unerfreuliche Seite weniger oder nicht hervorgerufen wird, ist ja auch die Beurteilung durch die Arbeiterchaft eine andere. So werden die Bestrebungen der Unternehmer auf Zurückdrängung des Alkoholkonsums und auf Bereitstellung von billigen Ersatzgetränken durchaus gebilligt und anerkannt.

Der zweite Artikel der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung lobt zwar auch unterschiedslos die Fabrikwohlfahrtspflege und er lobt sie besonders, weil sie sich in den Kriegsjahren so wirksam gezeigt haben soll. Doch ist dabei diesmal ein Unterion, der eine eigene Mühe gibt. Wir lesen da:

„Verschwunden sind für diese (Kriegs-) Zeit sicherlich und hoffentlich auch für die ganze nächste Zukunft die häßlichen Regungen der Selbstsucht, der Eitelkeit, der Mühen Berechnung, die sich früher wohl mit manchem Akt der Wohlfahrtspflege verbanden; verschwunden sind auch die nach häßlicheren Bestrebungen, hinter jeder Zuwendung einen niedrigen Belohnungsgrund feststellen zu wollen.“

Dazu ist einiges zu sagen. Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung hat doch früher selbst gelegentlich durch einen „falschen Zungenschlag“ offenbar werden lassen, daß sich die häßlichen Regungen der Eigen sucht und der kühlen Berechnung nicht nur vereinzelt mit der Fabrikwohlfahrtspflege verbanden, sondern daß dies allgemein der Fall sei. Vor nunmehr zehn Jahren, in der Nr. 41 vom Jahre 1904, schrieb die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung zu dem Gegenstand:

„Im allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß die Errichtung von Wohlfahrtsinrichtungen gerade durch das Interesse der Arbeitgeber selbst bedingt wird. Man kann demnach sagen, daß überall da, wo für die Arbeitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrtsinrichtungen nicht erwächst, deren Schaffung auch unterbleibt. . . Außerdem unterscheiden sie sich von den Werken der freien Wirtschaft dadurch, daß zwischen Geben und Empfangern, das heißt also zwischen den Unternehmern und den Arbeitern, ein Geschäftsverhältnis, nämlich der Lohnvertrag, besteht, woraus für den Geber die Möglichkeit erwächst, die Kosten für die Wohlfahrtsinrichtungen auf den Empfänger selbst abzuwälzen, indem er sie ihm vom Arbeitslohn abzieht.“

Dies war recht eindeutig und wünschenswert klar. Wenn es damit nun und auch nach dem Kriege anders werden soll, dann kann es den Arbeitern gewiß recht sein. Nur darf nicht erwartet werden, daß die zeitliche bessere Regelung die Arbeiter veranlassen kann, das berechnete Mißtrauen plötzlich fahren zu lassen. Sie werden abwarten müssen. Solange und soweit der Gegensatz zwischen den für den unbestimmten Markt arbeitenden Unternehmern und den anderen Personen bleibt, wird auch das Bestreben bleiben, das die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung vor zehn Jahren so richtig und unzweideutig festgestellt hat. Ob der jetzt erstehende Wille vorhält, das Bestreben dauernd niederzuhalten, ist sehr zu bezweifeln. Wichtiger, als darauf allzu sehr zu hoffen, ist für die Arbeiterchaft sicher, die Arbeit für den geregelten, genossenschaftlich erfaßten Bedarf immer mehr zu stärken und auf diese Weise die häßlichen sachfremden Berechnungen auszumergen.

Krupp.

Von der Verwaltung der Friedrich Krupp-Altengefellenschaft wird mit der Bekanntgabe einiger Abschlußzahlen für das Geschäftsjahr 1913/14 eine Erhöhung des Aktienkapitals um 70 Millionen auf 250 Millionen Mark angekündigt. Unter Fortlassung von Angaben über die Höhe der Abschreibungen ist der Reingewinn mit 33,9 Millionen Mark gegen 36,6 Millionen Mark im Vorjahr angegeben, wozu noch der Gewinnvortrag mit 6,9 Millionen Mark gegen 6,5 Millionen Mark im Vorjahr tritt. Die Dividende erfährt eine Ermäßigung um 2 Prozent auf 12 Prozent. Im Vergleich mit den beiden Vorjahren ergeben die bisher vorliegenden Abschlußzahlen folgendes Bild:

(in 1000 A)	1913/14	1912/13	1911/12
Reinertrag samt Vortrag	40800	43138	33759
Dividende in Prozent	12	14	12
Für gesetzliche Reserve	zirka 1695	1832	1476
= Sonderreserve	2000	2000	—
= Verlustreservefonds	—	—	2000
= Wohlfahrtsfonds	3000	7000	2000
= Kriegsheilfäden	3000	—	—

Ueber die wirklichen Erträgnisse der Gesellschaft während des Vorjahres bringen diese Zahlen keinen Aufschluß, da bisher selbst über den Umfang der Abschreibungen und der wahrscheinlich hohen Kriegserlöse, wie schon erwähnt, Mitteilungen fehlen. Von der schlechteren Geschäftslage in Friedensartikeln dürfte die Kruppgesellschaft infolge des Ausgleichs durch ihre Gewinne aus dem Kriegsmaterialgeschäft weniger als die anderen Montanfirmen berührt worden sein, so daß aus der Dividendenermäßigung Schlüsse auf die Ertragsfähigkeit hier mit besonderer Vorsicht aufgenommen werden müssen.

Das wirtschaftlich bedeutsame Ereignis einer Kapitalerhöhung um 70 Millionen Mark während des Krieges, das auch die Dividendenhöhe in Zukunft zu drücken geeignet scheint, wird unter anderem damit begründet, daß in letzter Zeit die Betriebsmittel der Firma in hohem Maße durch immobille Aufwendungen festgelegt worden sind. Es haben sowohl bedeutende Verbesserungen und Erweiterungen der Maschinenanlagen, als auch bedeutende Erweiterungen von Grundbesitz, Hofanlagen und dergleichen stattgefunden. Das Jubiläumkonto übersteigt jetzt das Aktienkapital einschließlich der Zulagen um fast 20 Millionen Mark, während sich diese beiden Posten im Vorjahre noch annähernd deckten. Ferner sind die sonstigen Kreditoren von rund 70 auf 106 Millionen Mark gestiegen, während die An-

Kahlungen von rund 137 auf 111 Millionen zurückgegangen sind. Dazu kommen neuerdings die großen Anforderungen, die nach dem Kriegsausbruch an die Firma herantraten und ihre Mittel in einem Maße in Anspruch nahmen, wie es heute noch nicht genau übersehen werden kann.

Zunächst gelangen 35 Millionen Mark am 31. Dezember 1914 auf die Kapitalerhöhung zur Einzahlung, den Betrag der neuen Aktien übernimmt auch diesmal die Familie Krupp. Unter den deutschen Aktiengesellschaften gibt es nur eine Gesellschaft, die nach der Höhe des Aktienkapitals noch größer als Krupp ist. Das ist die Diskontogesellschaft, deren Aktienkapital 300 Millionen Mark beträgt. Die letzte Kapitalerhöhung bei Krupp um 20 auf 180 Millionen Mark erfolgte 1906.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Streitigkeiten zu vermeiden und eine geregelte Vertragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 29. November der 49. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. November bis 5. Dezember 1914 fällig ist.

Es wird hiermit nochmals besonders auf die Bekanntmachung in Nr. 44 wegen Bestimmung der Ersatzbücher zc. hingewiesen.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamm:

Der Klempner Johann Fröh, geb. am 8. August 1879 zu Frau lauten, Buch-Nr. 317721, wegen Unterschlagung.

Aufforderung zur Rechtsfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Witten:

Der Dreher Friedrich Singer, geb. am 31. Januar 1886 zu Dendringen, Buch-Nr. 1725742, wegen Nichtablieferung eines entliehenen Buches.

Gestohlen wurde:

Buch-Nr. 587558, lautend auf den Goldschläger Johann Wendel, geb. am 19. April 1889 zu Schwabach, eingetreten 16. Januar 1905 in Schwabach, (Schwabach).

Alle für den Vorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Sitz: Hauptstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Mittelstraße 18a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Metallarbeiter.

Berlin. Am 8. November hielt die hiesige Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ihre ordentliche Generalversammlung für das dritte Vierteljahr 1914 ab. Den Kassierbericht, den Kollege Cunningham gab, ist folgendes zu entnehmen: Die Einnahmen im dritten Vierteljahr 1914 betragen für die Hauptkassa 563 680,51 M., die Ausgaben dafür einschließlich eines Kassenscheines von 601,23 M. 768 680,51 M. Es mußten zum Ausgleich 205 000 M. der Lokalkasse entnommen werden. Der hauptsächlichste Posten der Ausgaben ist der für Arbeitslosenunterstützung, nämlich 509 978,55 M. gegen 263 353,65 M. des dritten Vierteljahres 1913. Die Lokalkasse hatte einschließlich des Bestandes von 1 281 336,62 M. zu Beginn des Vierteljahres eine Einnahme von 1 549 735,91 M. Unter den Ausgaben der Lokalkasse ist der Posten von 205 000 M., der der Hauptkassa zum Ausgleich überwiesen ist. Am Schluß des Vierteljahres betrug der Kassenscheibensbestand der Lokalkasse 1 165 909,34 M. Dem Kassierer wurde ohne Erörterung Entlastung erteilt. — Da Anträge zur Generalversammlung nicht gestellt waren, gab Kollege Cohen einen Bericht über die Lage im dritten Vierteljahr. Die Arbeitslosigkeit, die Anfang August eine bedrückende Höhe erreicht hatte, ist infolge der Kriegsarbeit in den verschiedensten Betrieben der Metallindustrie Berlins erheblich zurückgegangen, so daß die Kosten für Arbeitslosenunterstützung, die zurzeit in Berlin zu tragen sind, als regelmäßig bezeichnet werden können, sogar noch etwas niedriger sind als die Kosten der Arbeitslosenunterstützung kurz vor Beginn des Krieges. Bewunderlich ist allerdings, daß sie seinerzeit mit so vielen schönen Worten verbündete Unterstützung der Arbeitslosen durch Staat und Gemeinden so mangelhafte Ergebnisse erzielt habe. Von Staat und Reich ist bisher überhaupt nichts geschähen, und von den Gemeinden ist nur teilweise das in die Tat umgesetzt worden, was seinerzeit angekündigt wurde. Ein Handhabbararbeiten mit den Gewerkschaften ist in Groß-Berlin nur in Berlin, Steglitz, Wilmersdorf, Tegel und Köpenick vorhanden. Die übrigen Gemeinden verhalten sich ablehnend, oder die Gewerkschaften selbst müssen ein Zusammenarbeiten ablehnen, weil die Gemeinden die Absicht haben, bei Anwendung von Unterstützungen an die Arbeitslosen den von den Gewerkschaften geleisteten Betrag voll anzurechnen. Da nun die Unterstützung der meisten Gemeinden den Betrag der Gewerkschaftsunterstützung nicht übersteigt und zum Teil sogar nicht einmal erreicht, würde das eine gewaltige Entlastung der gemeindlichen Ausgaben ausmachen, ohne daß den Arbeitern auch nur ein Pfennig mehr Unterstützung wird, wie sie aus den Händen der Gewerkschaften erhalten. Dazu haben dann noch Behörden die Freundschaft, den Gewerkschaften die gesamten Verwaltungs- und Prüfungsarbeiten aufzubürden. Am schlimmsten ist in der Beziehung die Haltung der Stadt Schöneberg, die neben der vollen Anrechnung der Gewerkschaftsunterstützung auch noch eine Reihe sonstiger Bestimmungen erfüllt haben will, die es uns unmöglich machen, irgendeine mit dieser Gemeinde zusammenzuarbeiten. Die vornehmste Aufgabe, die die Gewerkschaften zu übernehmen haben, ist es, die in der Beziehung der Gewerkschaften zu den Behörden die Freundschaft, den Gewerkschaften die gesamten Verwaltungs- und Prüfungsarbeiten aufzubürden. Am schlimmsten ist in der Beziehung die Haltung der Stadt Schöneberg, die neben der vollen Anrechnung der Gewerkschaftsunterstützung auch noch eine Reihe sonstiger Bestimmungen erfüllt haben will, die es uns unmöglich machen, irgendeine mit dieser Gemeinde zusammenzuarbeiten. Die vornehmste Aufgabe, die die Gewerkschaften zu übernehmen haben, ist es, die in der Beziehung der Gewerkschaften zu den Behörden die Freundschaft, den Gewerkschaften die gesamten Verwaltungs- und Prüfungsarbeiten aufzubürden.

so gar Stellen angeboten als Konstruktionschlosser und Zugschläger zu einem Verdienst von 3,80 bis 5 M. die Schicht. In einem weiteren Fall wurden tüchtige Former gesucht, und zwar nach Brandenburg a. S. Dabei hat sich der Unternehmer bereit erklärt, den Formern nach dreihalbvierteljähriger Beschäftigung das Jahrgeld vierter Klasse von Berlin nach Brandenburg zu zahlen. Da nun das Jahrgeld von Berlin nach Brandenburg 4. Klasse 1,90 M. beträgt, so kann man ersehen, wie gewaltig das Entgegenkommen dieser Firma ist. Alles in allem steht es so, daß diese Einrichtung für den Arbeitsnachweis nicht als ideal bezeichnet werden kann. Es wird wohl nötig sein, wenn derartige Einrichtungen ordentlich wirken und Beachtung von den Arbeitern finden sollen, zur Beratung solcher Dinge Sachkundige beizuziehen. Es schmerzt ja auch gegenwärtig Gerichte herum, wonach an die gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweise herangegangen werden soll. Zu den Dingen, die da geboten werden sollen, könne man aber erst Stellung nehmen, wenn man die Vorlage sieht. Es ist wohl selbstverständlich, daß, wenn es zu einer gesetzlichen Regelung der Arbeitsnachweise kommt, Licht und Schatten unter die Nachweise der Unternehmer und Arbeiter gleichmäßig verstreut sind. Sollte es zu gemeinsamen Arbeitsnachweisen kommen, dann aber auch wirklich und keine Scheinbare. — Die Erlebigung von Streitfällen und Befreiung von Mißständen hat im dritten Vierteljahr deshalb große Schwierigkeiten gemacht, weil die gewerkschaftliche Vertretung eingengt war und weil sich die Möglichkeit der Besprechung von Mißständen in der Presse zum großen Teil genommen ist. Die von uns eingeschlagenen neuen Wege zur Behebung von Mißständen, als da sind Besetzung der Leitung durch die Behörde zc., waren so gut wie ergebnislos. Eine am 14. Oktober an das Reichsamt des Innern gerichtete Beschwerde über eine Firma, die in bezug auf Behandlung und Bezahlung von weiblichen Arbeitskräften stark zu wünschen übrig ließ, wurde am 27. Oktober dahin beantwortet, daß unsere Beschwerde an das Kriegsministerium weitergegeben wäre. Eine Antwort des Kriegsministeriums ist bis heute noch nicht eingelaufen. Am 23. Oktober richteten wir eine wohl begründete Beschwerde an das Reichsamt des Innern über die Firma Siemens & Halske. Eine Antwort ist bis zur Generalversammlung am 8. November noch nicht eingelaufen. Ob überhaupt eine Antwort auf diese Beschwerde erteilt wird, ist fraglich, so daß dieser Weg zur Erlebigung von Mißständen sich als untauglich erweisen hat. Was von den Worten der Unternehmer zu halten ist, die auch mit vielen schönen Wendungen vom Waffenstillstand auf dem Kampfgebiet zwischen Unternehmern und Arbeitern erzählen, kann man aus den Taten der Unternehmer neben andern auch sehr schön an dem Gebiet der gelben Befähigung ersehen. Hervorragend betätigt sich auf diesem Gebiet jetzt auch wieder die Firma Siemens & Halske, die Bedarf an gewissen Arbeitskräften hat, ohne den Bedarf so ohne weiteres decken zu können. Infolgedessen sucht sie in den Zeitungen vieler Städte Deutschlands nach Arbeitskräften. Wendet sich auf Grund einer solchen Anzeige ein Arbeiter an die Firma Siemens & Halske, dann erhält der Arbeiter folgendes Schreiben: „Verband Berliner Metallindustrie-Arbeitsnachweis, Berlin S.O. Wustlerhausenerstraße 15. — Berlin, den 1914. Herr ...“ Im Besitze Ihrer an die Firma Siemens & Halske Bernerwert gerichteten Bewerbung teilen wir Ihnen mit, daß Sie eventuell bei der genannten Firma eingestellt werden können. Wir bemerken jedoch hierzu, daß Ihre Reise nach hier auf eigene Kosten und Gefahr zu erfolgen hat, daß weder wir noch die Firma eine Entschädigung für Zeitverlustris, Fahrtkosten zc. gewähren können, auch dann nicht, wenn von Ihrem Angebot wider Erwarten aus irgend einem Grunde kein Gebrauch gemacht werden sollte. Selbstverständlich würden wir uns dann bemühen, Sie möglichst bald in einem andern zu unserm Verbande gehörenden Betriebe unterzubringen. Wir bemerken noch, daß bei der Einstellung bei sonst gleichen Kenntnissen und Leistungen derjenige bevorzugt wird, der dem Kartell Deutscher Metallarbeiter angehört. — Sofern Sie hiermit einverstanden sind, werden Sie sich mit Ihren Papieren und diesem Schreiben in unserm Arbeitsnachweis in der Zeit von 8 bis 3 Uhr, Hochhausstraße 15, an diesem Schreiben gefast, daß der Arbeiter zunächst einmal veranlaßt werden soll, auf seine Kosten nach Berlin zu kommen, ohne daß diesem eine bestimmte Zulage auf Einstellung gemacht wird. Wahrscheinlich hofft man, den Arbeiter dann leichter veranlassen zu können, sich dem gelben Werkverein anzuschließen. Geht dies nicht, und die Firma Siemens & Halske verzieht auf den Arbeiter, dann verpflichtet sich der Verband Berliner Metallindustrie, sich bemühen zu wollen, den Arbeiter anderweitig unterzubringen. Wir werden uns bemühen, diesem Schreiben und diesen Versuchen, Arbeiter nach Berlin zu ziehen, ohne ihnen bestimmte Arbeit zu versprechen, mögliche Verbreitung zu verschaffen, damit die Arbeiter nicht leichtfertig sind bei derartigen Arbeitsangeboten. Im übrigen geht aus dem Ganzen hervor, daß die Firma Siemens & Halske nach wie vor ihre gelbe Tätigkeit ausübt, und daß sie dabei vom Verband Berliner Metallindustrie unterstützt wird, von demselben Verband, dessen Vertreter uns öfter gesagt haben, sie hätten mit den Gelben überhaupt nichts zu tun. Des weiteren machte Cohen darauf aufmerksam, daß wir im allgemeinen mit dem Stand der Organisation zufrieden sein können; wenn die Unternehmer hoffen, daß wir durch die starke Konsumzunahme der Arbeitslosenunterstützung finanziell stark geschwächt werden, dann irren sie sich. Wir werden, wenn die Herren nach dem Krieg glauben, aber uns herfallen zu können, sehr wohl in der Lage sein, finanziell selbst Kämpfe größeren Umfangs bestehen zu können. Dazu gehört aber auch, daß jeder einzelne Kollege seinen Mann steht. Mit großen Worten sei nichts getan. Die Tat allein beweist, daß die Kollegen ernstlich gewillt seien bei etwaigen Kämpfen ihren Mann zu stellen. Es müßte jetzt schon unter allen Umständen möglich sein, gerade weil es in verschiedenen Berufen so wenig Arbeitslose gibt, gegen die Forderungen der Gelben fest zu bleiben. Wer wirklich beweisen wollte, daß er ein freigeorganisierter Arbeiter ist, für den dürfen die Betriebe, die gelbe Werkvereine haben, einfach nicht bestehen. Wer von den Unternehmern den vizegenannten Xurgrieden dadurch fürcht, daß er auch jetzt von seinen gelben Treibeibern nicht abläßt, darf sich nicht wundern, wenn die Arbeiter nichts als gegen ihn Kampfstellung einnehmen. Die Haltung der Unternehmer beweist auch sonst, was die Arbeiter zu gewärtigen haben, wenn sie sich durch solche Worte einschüffeln lassen. Nur eine starke Organisation ist in der Lage, allen Mühen und Tücken begegnen zu können. Darum sei es die Pflicht aller Mitglieder, an der weiteren Festigung und Stärkung der Organisation mitzuwirken. — Die allgemeine Zustimmung der Versammlung zeigte das vollste Einverständnis mit diesen Ausführungen.

Rundschau.

„Kampf“ englischer Gewerkschafter gegen Deutschland. Bekanntlich haben die Engländer sich den Kampf gegen Deutschland und Oesterreich leichter gedacht als er in Wirklichkeit ist. Nachdem die Engländer und die von ihm in den Kampf gezogenen Bundesgenossen sich wiederholt blutige Köpfe geholt haben, lassen sie jetzt kein Mittel unversucht, um Deutschland und seine Bundesgenossen wenigstens wirtschaftlich zu schädigen. Zu diesem Zweck suchen sie auch die britischen Gewerkschaften vor ihren Augen zu spannen. Wie weit ihnen dies gelungen ist, geht aus einer Kundgebung vom Vorstand des Britischen Eisen- und Stahlarbeiter-Verbandes (Associated Iron and Steel Workers of Great Britain) hervor, worin es folgendermaßen heißt: „Die Pflicht unserer Mitglieder während des Krieges besteht darin, bei der Ueberwindung der Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiet zu helfen. Die Unternehmer merken sich schon in den großen Kämpfen, um den deutschen Handel zu erobern. Ohne unsere Anstrengungen aber wird deren Kampf nutzlos bleiben — wir müssen beide gegen keine Arbeitsmiederlegung mehr, kein Wegbleiben von der Arbeit!“

Jede wirtschaftliche Schwierigkeit kann und wird leicht durch oder mit unserer Organisation und die Lohnarbeit geregelt werden — aber nur, wenn es sich wirklich um Dinge handelt, die Abhilfe fordern!“

Die genannte Gewerkschaft gehört dem Internationalen Metallarbeiter-Verband an, der erst vor kurzem eine kurze Zeit an, doch sollen sich auch die Vorstände anderer englischer Gewerkschaften so äußern. Während der letzten Jahre haben englische Gewerkschafter oft Deutschland besucht und bei diesen Gelegenheiten auch mancherlei Neben gehalten. Dabei betonten sie stets ihre Friedensliebe und ihren Wunsch nach friedlichem Wettbewerb zwischen den beiden Völkern. Man sieht jetzt, wie diese Neben gemüht waren.

Dieses Vorkommnis weckt in uns die Erinnerung an folgendes: Welche Ansichten über den Stand der deutschen Industrie nach bis vor kurzer Zeit stellenweise in England herrschten, geht aus einem unserer Erlebnisberichte im Anschluß an den letzten internationalen Metallarbeiterkongress hervor, der 1910 in Birmingham abgehalten wurde. Am Tage nach Schluß des Kongresses wurden die noch anwesenden Teilnehmer nach der Gasarmaturfabrik von Hainsford & Jones geführt. Der Weg führte uns durch verschiedene Straßen mit Arbeiterwohnhäusern. Diese sahnten wir uns natürlich an. Häßlich, ungesundlich und unsauber genug sah es aus, ähnlich so wie die von Polen, Kroatien zc. besetzten Befestigungsstellungen in Lipine, Schoppink, Janow und anderen Orten Oberschlesiens. Ein Unterschied besteht nur insofern, daß in Oberschlesien die Arbeiterorganisation mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, während die Zinslosen solcher Wohnstätten in Birmingham fast alle schon viele Jahre Gewerkschaftsmitglieder sind und zum großen Teil auch verhältnismäßig gut entlohnt werden. Mit diesem Anblick stimmten auch die Wahrnehmungen überein, die wir machten, wenn wir gelegentlich einen Blick auf die Hofräume warfen. Das war um die Mittagszeit. Es mag aber sein, daß die meisten Arbeiter durcharbeiten. Darum hatten ihre Frauen auch wohl noch Zeit übrig. Sie standen nämlich gruppenweise vor den Türen und Kalketen. Die meisten hatten schmutzig-graue Wolltücher umgehängt und viele trugen kleine Männermützen auf den Köpfen. Sauber sah kaum eine einzige aus, ja, manche starrte vor Schmutz. Unsere kleine Gruppe erregte Aufmerksamkeit und bald folgte uns eine Kinderchar. Wenn Kinder auf der Straße toben, bleiben die meisten Kinder von ihnen sauber, und zu dem Beispiel Gesehenen paßte es auch, daß diese Kinder mehr oder weniger schmutzig und schlammig ausliefen. Auffällig groß aber war die Zahl der Kinder, die schon in frühem Alter Brillen tragen mußten.

In der genannten Fabrik wurden wir in die Schmelze geführt. Dort zeigte man uns eine Vorrichtung zum Abfangen der beim Schmelzen und Gießen entweichenden Messingdämpfe. Wir haben diese Einrichtung schon früher beschrieben (Metallarbeiter-Zeitung, 1903, Nr. 42, Seite 330); diese Vorrichtung befindet sich ebenfalls in der 1904 vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes herausgegebenen Druckschrift über die Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Former und Gießerhilfsarbeiter Deutschlands. Deshalb brauchen wir an dieser Stelle nicht weiter darauf einzugehen. Die Vorrichtung wurde uns im Betrieb vorgeführt und um den Unterschied zu zeigen, mußten die Arbeiter auch einmal einige Klaffen gießen, ohne daß die Abfangevorrichtung benutzt wurde. Sollte der Qualm sich in der sehr niedrigen und mangelhaft gelüfteten Hütte bisher schon deutlich genug bemerkbar gemacht, so vermehrte er sich jetzt zur Unentgeltlichkeit. Die Gießarbeiter berichteten ihre Arbeit weiter, ohne sich um uns zu kümmern. Augenblicklich waren sie schon gewohnt, samt der Abfangevorrichtung Besuchern als Schaustück vorgeführt zu werden.

In die Dreherei wollte man uns nicht gerne hineinlassen. Es gelang uns aber doch, hineinzuwinkeln. Wir wollten diesen „Betrieb“ jetzt nicht schildern, weil man uns eine wahrheitsgemäße Beschreibung in dieser Zeit als Gefährdung auslegen könnte. In Deutschland würden Gewerbeinspektor und Polizei ihn nicht dulden. Dort waren fast nur Arbeiterinnen beschäftigt, zum Teil waren es noch halb-erwachene Mädchen. Obgleich manche dieser Arbeiterinnen recht geschäftig waren, verweigerte die Gewerkschaft ihnen n. o. m. i. e. r. die Aufnahme. Wir fragten verschiedene Arbeiterinnen nach Verdienst, Arbeitszeit zc., unter andern auch eine ältere Arbeiterin, die an einer Frauentischmaschine arbeitete. Als wir dort standen, trat der Vertreter der Unternehmer hinzu und glaubte, eine Beschreibung der Maschine geben zu müssen. Er erklärte nämlich, daß sei eine Maschine, mit der man die Arbeitsstücke so bearbeiten könne, daß man nicht mehr daran zu feilen brauche. Er glaubte allen Ernstes, daß wir noch keine Frauentischmaschine kennenlernt hätten! Wir haben natürlich ob dieser Meinung mehr oder weniger gelächelt. Nach dieser Werbung darf man also annehmen, daß der genannte englische Herr sich die deutsche Industrie so vorstellte, als ob sie sich noch auf einer ziemlich niedrigen Entwicklungsstufe befände. Im Einklang damit steht auch die Verweigerung gewisser englischer Unternehmer, deutsche Gewerkschafter ihre Betriebe besichtigen zu lassen, aus Furcht, diese Gewerkschafter könnten deutschen Unternehmern englische Arbeitsweisen verraten. Dabei ist es den deutschen Gewerkschaftern selbstverständlich stets nur darum zu tun gewesen, die Arbeiter sich selbständig machen zu lassen und selbst, wenn sie Betriebsgeheimnisse hätten auszumischen, so wäre es ihnen schwerer möglich gewesen, weil sie kaum jemals etwas sahen, was der deutsche Unternehmer nicht auch schon kennt. Wir wollen ausdrücklich hervorheben, daß nicht alle englischen Unternehmer so denken; wir haben ja selber Beweise vom Gegenteil erlebt. Man geht aber nicht zu weit, wenn man annimmt, daß ein großer Teil der Engländer bis in die neueste Zeit hinein solche Ansichten hegte. Es hat sich aber immer mehr gezeigt, daß die deutsche Industrie sehr wohl imstande ist, mit der englischen in Wettbewerb zu treten und um so unangenehmer war das Erwachen dieser Stockengländer. Daher ihr Ruf nach einer Niederwerfung Deutschlands auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Sie wünschen, daß Deutschland auf die wirtschaftliche Stufe zurückgedrängt würde, die es ungefähr um die Mitte des vorigen Jahrhunderts einnahm, wo England sich rühmte, die „Werkstatt der Welt“ zu sein.

Das selbe England fühlt sich zu schwach, um in friedlichem Wettbewerb der deutschen Industrie standhalten zu können und wolle wir sehen, sind auch englische Gewerkschaften schon von dieser in bestimmten Sinne reaktionären Anschauung angekränelt. Es soll uns fernliegen, uns darüber zu entziehen und zu drohen, daß wir gelegentlich in irgend einer Weise gleiches mit gleichem vergelten wollten. Wenn aber diese durch keinerlei Kriegsnotwendigkeit bedingte Stellungnahme der englischen Gewerkschaften später einmal unangenehme Folgen für sie haben sollte, dann dürfen sie sich nicht darüber beklagen.

Erweiterung der Kriegsfürsorge.

- Dem Reichsamt des Innern ist eine Eingabe zugegangen, in der folgende Vorschläge gemacht werden:
1. Neuregelung der Höchstpreise in den Bundesratsverordnungen vom 28. Oktober 1914, sowie Ausdehnung der Höchstpreise auf das aus ihnen hergestellte Mehl und Brot im Groß- und Kleinhandel.
 2. Schleunige Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln und Kartoffelmehl im Groß- und Kleinhandel. Weitere Abschätzung des Verzehrverhältnisses für Kartoffelpirritus.
 3. Stärkere Heranziehung des Säckers und der Getreide zur menschlichen Ernährung; Einschränkung der Verwendung der Getreide für Brauereizwecke eventuell mit Entschädigung der Brauereien und ihrer Arbeiterchaft.
 4. Abschätzung des Höchstpreises für Rohzucker und Raffinade unter Aufrechterhaltung des Ausfuhrverbotes und Heranziehung des Rohzuckers für die Viehfütterung.
 5. Je nach dem Ergebnis der Viehfütterung vom 1. Dezember Wiederanfang der Viehfütterung zur Streckung der Futtermittel, Verwertung der freiverwendbaren Viehfütterung durch Konvertierung seitens der Gemeinden und des Staates unter Festsetzung der Preise für Vieh und Fleischkonservern.
 6. Uebernahme der für die Volksernährung notwendigen Vorräte, Regelung der Verteilung und des Verbrauches durch die Reichs-

und Landesregierungen mittels eigenen Ankaufs von Getreide und ...

7. Uebertragung der Aufgabe der Lebensmittelversorgung auf eine ...

8. Ausprägung der Lebensmittelversorgung für Kriegsteilnehmer ...

Aus der Begründung gehen folgende hervor: Durch die ...

lebenswert, besonders der von Karl Verbs über patriotischen ...

St. Michaels-Dorf, Hinters, 1011. ...

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

Abrechnung über den Unterhaltungs- und Agitationsfonds vom ...

Einahmen: Berlin VI 75 A, Ostnieder 7, Fernersleben ...

Abgaben: An: Feinr. Voigt, Fernersleben 45 A, Reich ...

Abgaben ... 1906,05 A, Einnahmen ... 1892,55 A ...

Arbeiterkongress in Belgien.

Darüber lesen wir in der Arbeiterpresse: Das holländische ...

Wenn diese Stellung von Het Volk richtig ist, dann können ...

Literarisches.

(Zur Bestellung der angeführten oder besprochenen Werke wende ...

Das deutsche Volk im Krieg. Öffentlicher Vortrag des Reichs ...

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Berichtungen. (Zu allen Verfassungen werden Mitglieder gesucht.)

Vertrauensleutezusammenkünfte.

Chemnitz (Elektr. Mont.). Samstag, 5. Dez., abends halb 9 Uhr, im ...

Arbeitsnachweise.

(Zu den nachstehend angeführten Orten ist für die genannten ...

Privat-Anzeigen.

Buerhoff, Metallarbeiter-Stell. f. ein Carl Esser's Ww., aus b. Schmalkalen.

Metallarbeiter-Monatskalender für das Jahr 1915

Preis pro Exemplar 60 Pf. (Für Buchhandel beträgt der Preis 85 Pf. pro Exemplar.)